Behörden Spiegel
newsletter
Rettung. Feuer. Katastrophe.

NeueStadt.org
Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 66 Berlin und Bonn 28. Juli 2022 ISSN 2699-9749

Broemme meint

Hitze, Dürre, Klimawandel

(BS) Im Sommer ist es üblicherweise wärmer als im Winter. Trockene und heiße Sommer gab es schon immer. Doch die Entwicklungen der vergangenen Jahre liegen außerhalb dieser Erfahrungen. Die Frage, wie wir auf lange Hitze- und Dürreperioden vorbereitet sind, lässt sich einfach beantworten: so gut wie gar nicht. Warum ist dies so?

Es liegt vermutlich nicht an der Erkenntnis, dass dies - mit und ohne Klimawandel - bereits jetzt und in naher Zukunft häufiger vorkommen wird. Die Folgen liegen auch auf der Hand: Die Luft wird in einigen Städten immer unerträglicher. Eingestellter Schiffsverkehr führt zur Verlagerung von Schwertransporten auf Schiene und Straße. Es kommt zu immer größeren Vegetationsbränden. Mehr und mehr Menschen müssen medizinisch betreut werden. Die Zusammenhänge sind komplex. Hitzeschutzpläne sind Aufgaben der Kommunen. Wo gibt es sie? Auch im Katastrophenschutz gibt es noch viel zu tun. So braucht es z. B. für einen Waldbrand andere Schutzausrüstung als für einen Zimmerbrand. Wie kann ein Waldbrand detektiert werden, bevor die Rauchsäule kilometerweit sichtbar ist? Mit welchen Methoden kann bei der Brandbekämpfung der Wasserverbrauch reduziert werden? Jeder muss seine Beiträge liefern!

Albrecht Broemme
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Weiterer "Neustart" eingeleitet

(BS) Nachdem vor zwei Jahren der damalige Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Armin Schuster, und der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Neuausrichtung des BBK beschlossen haben, hat nun Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zusammen mit dem neuen BBK-Präsident Ralph Tiesler und dem Präsidenten des Technischen Hilfswerks (THW) Gerd Friedsam ihr eigenes Programm zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt. Dabei kommt Altbekanntes zum Vorschein.

Nichts weniger als einen Neustart brauche es im Bevölkerungsschutz, sagte Faeser. "Die Pandemie, Extremwetter, Hochwasser, Waldbrände, aber auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – all das erfordert, dass wir unsere Bevölkerung besser schützen. Wir müssen jetzt mit aller Kraft die großen Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufholen", so die Ministerin weiter. Den Rahmen für diesen Neustart gibt ein Papier aus dem Bundesinnenministerium (BMI) vor. An vier Leitlinien sollen sich die konkreten Maßnahmen ausrichten. Diese Leitlinien sind: "Immer vorbereitet", "Früh gewarnt", "Effizient handeln" und "Gute Krisennachsorge".

Altbekanntes und neue Impulse

Konkret möchte das BMI u. a. die bundeseigenen Bevölkerungsschutzorganisationen, also THW und BBK, mit mehr Sach- und Personalmitteln ausstatten sowie sich für eine "effiziente Aufgabenwahrnehmung" stark machen. Ebenso wolle man sich für erhebliche Investitionen zur Stärkung der ergänzenden Katastrophenhilfe für Länder und Kommunen einsetzen. Auch will man von Seiten des Bundes den Ländern einen

Unter der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) soll ein Neustart des Bevölkerungsschutzes initiiert werden. Vieles davon ist schon in längerer Planung.

Foto: BS/Klawon

gemeinsamen Bevölkerungsschutztag vorschlagen, der schon ab kommendem Jahr starten soll. Mit diesem Tag erhofft man sich eine Stärkung der Resilienz der Bevölkerung. Ganz schnell soll es auch mit einem geplanten KRITIS-Dachgesetz gehen. Noch in diesem Jahr will das Kabinett Eckpunkte für das Gesetz vorlegen, die Verfahren und Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz und ein umfangreiches Meldewesen für Sicherheitsvorfälle und Berichtspflichten für Infrastrukturbetreiber und staatliche Behörden beinhalten.

Der Evergreen, dass man den Warn-Mix verbessern, Cell Broadcast einführen und die Sireneninfrastruktur ausbauen will, fehlt auch nicht in dem Programm. Gleiches gilt für den formulierten Willen, das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz stärken zu wollen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Lessons learnd-Konferenz noch in diesem Jahr

Neu ist hingegen, dass man sich nach Katastrophenlagen für einen "nachhaltigen Wiederaufbau und die weitere Stärkung der Krisenresilienz kümmern" möchte. Dabei wird der große Bogen gespannt von Soforthilfeprogramm zur Wiederrichtung der Infrastruktur, Traumaprävention für Einsatzkräfte und Betroffene bis hin zur Energieunabhängigkeit von Autokraten.

Eine Lessons learned-Konferenz zu vergangenen Krisen kündigte das BMI noch in diesem Jahr an. Ziel sei es, Erkenntnisse aus den letzten Krisen strukturiert zusammenzuführen und Optimierungspotenziale zu nutzen.

" Als BBK übernehmen wir dabei eine besondere Rolle: Denn alles, was das BBK tut, macht die Gesellschaft krisenfester: Risikoanalyse, Hilfe zur Selbsthilfe der Bevölkerung, Schutz Kritischer Infrastrukturen, Aus- und Fortbildung im Krisenmanagement oder die Warnung der Bevölkerung", erklärte in diesem Zusammenhang BBK-Präsident Tiesler.

THW-Präsident Friedsam ergänzte: " Der Bevölkerungsschutz muss zudem in der Lage sein, in Ausnahmesituationen betroffene Krisenmanagementstrukturen vor Ort zu ersetzen, um schnelle Hilfsmaßnahmen sicherzustellen. Dazu braucht ein resilienter Bevölkerungsschutz eine sehr breite Widerstands- und Durchhaltefähigkeit. Mit dem Ausbau unsere Führungs-, Kommunikations- und Logistikfähigkeiten leisten wir als THW dafür unseren Beitrag"

Vorwurf der Augenwischerei

Erwartbarer Weise kommt von der Opposition Kritik an dem Neustart des Bevölkerungsschutzes. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz, bezeichnete das Papier als "reine Augenwischerei". "Frau Faeser hat heute vor allem Projekte vorgestellt, die ihr Amtsvorgänger bereits vor der Starkregenflut und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine initiiert hatte. Das Gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern, das 360-Grad-Lagebild, das Sirenenförderprogramm oder die modularen Notunterkünfte wurden spätestens im März 2021 mit der Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe auf den Weg gebracht", so Lindholz.

Kommunen mitnehmen

Auch von der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) kommt Kritik. Zwar begrüße man die Ankündigung der Bundesinnenministerin: "Jedoch ist ein Jahr nach der Starkregenkatastrophe im Ahrtal bereits absehbar, dass die Umsetzung noch viel zu schleppend vorangeht", kritisierte vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. Das vorhandene Wissen in der Gefahrenabwehr müsse effizienter genutzt und angewendet werden. Ebenso forderte Aschbrenner im Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) neben Vertretern von Bund, Ländern und den Hilfsorganisationen auch die Kommunen eng mit einzubinden.

Behörden Spiegel
NEWSLETTER & PODCASTS

(BS) In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

Newsletter "Netzwerk Sicherheit" 25. Juli:
- Erstmal kein Gesetz für das GTAZ?
- AfD-Landesverband in Baden-Württemberg wird beobachtet

Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 25. Juli:
- Verhindern einer Rumpfukraine mit Guerillakrieg

Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 27. Juli:
- Nicht alle bei der Online-Wache dabei
- Data Embassy

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC
- Im Start Up-Dschungel

PODCASTS

Podcast "Public Sector Insider" 26. Juli:
- Anti-Ransomeware-Pille?

Podcast "Public Sector Insider - Stichwort" 29. Juni:
- Die OP der Zukunft

Innenminister Stübgen im Gespräch

(BS) Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sieht den Bund beim Thema Bevölkerungsschutz in der Pflicht, mehr Geld in die Hand zunehmen. Dies erklärte er in einem Interview auf der Plattform Digitaler-Staat.Online mit Behörden Spiegel-Chefredakteur Uwe Proll. Er verwies dabei nochmals auf die Forderung der vergangenen Innenministerkonferenz in Würzburg, dass die Bundesregierung ein Sondervermögen in Höhe von zehn Milliarden Euro für zehn Jahre für Bevölkerungsschutz auflegen solle. Im Bereich der Kompetenzen sieht Stübgen aber keinen Änderungsbedarf.

Er hält nichts von Zentralisierungen im Katastrophenschutz und entsprechenden Grundgesetzänderungen. Der Bund solle sich zunächst einmal um originäre eigene Aufgaben kümmern. Vielmehr solle die Kooperation zwischen Bund und Ländern ausgebaut werden. Jeder solle "zunächst seine Hausaufgaben machen".

Das komplette Interview findet sich in der Mediathek von Digitaler-Staat.Online hier.

Resilienzstrategie vorgestellt

(BS) Im Zuge der Vorstellung des "Neustarts des Bevölkerungsschutzes" stellten das Bundesinnenministerium (BMI) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die "Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen" vor. Die Strategie verspricht erstmals einen "gemeinsamen strategischen Rahmen für die Steigerung von Resilienz gegenüber Katastrophen".

Man müsse die Widerstandfähigkeit gegen ein breites Krisenspektrum, angefangen bei Katastrophen über den militärischen Spannungsfall bis hinzu hybriden Bedrohungen, verbessern. Als Grundlage für die Strategie diente das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge (2015–2030) der Vereinten Nationen. Es gebe laut der Resilienzstrategie fünf Handlungsfelder, bei denen konkreter Bedarf bestehe.

Zum einen plädieren die Autoren für eine verbesserte Risikoanalysen, die für risikoinformierte Planungs- und politische Entscheidungsprozesse genutzt werden sollen. Dabei gehe vor allem um die Formulierung von Schutzzielen, Identifizierung von Kaskadeneffekten und Risikoverstärkern sowie dem Feststellen von Bedarfen unterschiedlicher Akteure. Hierzu müsse u. a. die Datengewinnung und -aufbereitung gestärkt werden. Zudem sollen für den Akteur "Bevölkerung" bestehende und neue Informationsmaterialien über Katastrophenrisiken, Selbstschutz- und Präventionsmaßnahmen aufbereitet und aktualisiert werden.

Im Handlungsfeld "Die Institutionen stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern" sollen die institutionellen Mechanismen gestärkt und die kohärente Gestaltung des Katastrophenrisikomanagements in unterschiedlichen Politik- und Themenbereichen geprüft werden, welche Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze weiterzuentwickeln sind. Ebenso empfiehlt die Strategie, ausreichende materielle, finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um Aspekte des Risiko- und Krisenmanagements als Querschnittsaufgabe voranzutreiben und langfristig sichern zu können.

Außerdem seien vermehrt Investitionen in Katastrophenvorsorge geboten. Dabei gehe es u. a. um das Auflegen von bundesspezifischen Finanzierungsinstrumenten, Anreize für öffentliche und private Investitionen in Katastrophenvorsorge und Resilienz oder das Erstellen von Musterplänen zur Notfallvorsorge. Um sich besser auf den Katastrophenfall vorzubereiten, müssten die Schadensfälle häufiger geübt, die Aus- und Fortbildung von Führungs- und Einsatzkräften im Krisenmanagement verbessert und die Anreize für das Ehrenamt erhöht werden.

Die komplette Resilienzstrategie findet sich hier.

universität wien
Postgraduate Center

Risikoprävention und Katastrophenmanagement

Short Facts

Abschluss	Master of Science (MSc)
Dauer	4 Semester (berufsbegleitend)
Umfang	90 ECTS
Sprache	Deutsch
Kosten	€ 13.000,–
Start	jährlich im Oktober
Wissenschaftliche Leitung	Univ.-Prof. Dr. Thomas Glade

Jetzt anmelden!

Jetzt bewerben und im Herbst durchstarten:
Wenige Studienplätze noch verfügbar.

eRISK

In Kooperation mit
BM.I .SKKM

www.postgraduatecenter.at/oerisk

Sorgenkind Warnung - diesmal Cell Broadcast

(BS) Das Thema Warnung der Bevölkerung ist seit dem ersten Warntag 2020 und dann nochmal nach der Flutkatastrophe 2021 ein stetes Sorgenkind. Zuerst funktioniert das Auslösen der Warninfrastruktur 2020 nicht flächendeckend, da die Server überlastet sind. Dann wird 2021 überhaupt nicht gewarnt. Jetzt sucht man sein Heil im Aufbau der Sireneninfrastruktur und in Cell Broadcast. Doch es könnte sein, dass gerade der neue Warnkanal nicht die erhoffte Wirkung zeigt. In einem Blogbeitrag der AG KRITIS, einer unabhängigen Arbeitsgruppe, die sich der IT-Sicherheit und dem Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) verschrieben hat, weisen zwei Sprecher der Gruppe auf ein mögliches Problem hin. Es könnte sein, dass nicht alle Mobiltelefone technisch in der Lage sind, eine Warnmeldung zu erhalten.

Hintergrund ist folgender: Im Februar dieses Jahres hat die Bundesnetzagentur die "Technische Richtlinie DE-Alert (TR DE-Alert)" veröffentlicht. Diese regelt die technischen Einzelheiten, damit zukünftig die Mobilfunknetze bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen zur Warnung der Bevölkerung eingesetzt werden können. Diese Maßnahmen braucht es, damit die Mobilfunknetzanbieter den Warnkanal auch durchführen können.

Probleme mit alten Mobiltelefonen

Das Problem liegt aber weniger auf der Seite der Sender, sondern mehr auf der Seite der Empfänger. Die Autoren des Beitrages, Yves Ferrand und Johannes Rundfeldt, schreiben von einem "gravierenden Problem in der Umsetzung". Die Richtlinie definiere verschiedene vierstellige Message Identifier (ID). Damit würden 16 Nachrichten-Typen festgelegt, die sich je nach Alarmart, -reichweite und -sprache unterscheiden würden. Diese vierstelligen IDs könnten jedoch die allermeisten älteren Mobiltelefonen gar nicht verarbeiten.

Sie gehen davon aus, dass DE-Alert, so der Name des Cell Broadcast-Warnkanals, nur zuverlässig bei Smartphones mit Google-Android ab Version 11 und mit Apple-Endgeräten ab iOS 16 funktioniere. Bei älteren Android-Geräten könne man zwar die DE-Alert manuell einstellen, dafür müsse man aber ein erfahrener Nutzer sein. "DE-Alert funktioniert definitiv nicht bei älteren Mobiltelefonen, die nur dreistellige Message Identifier unterstützen, wie ältere Nokia oder Ericsson", so die Autoren. Stand heute würden nur weniger als die Hälfte aller Smartphones und Mobiltelefone in Deutschland technisch in der Lage sein, Warnungen des DE-Alert-Systems zu empfangen.

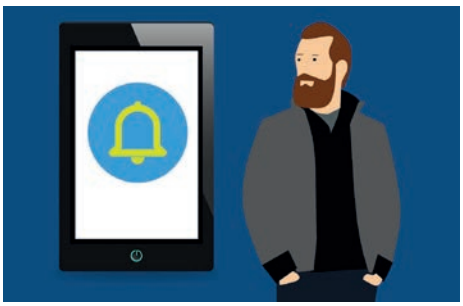
Als Folge fordern die AG KRITIS-Sprecher, die Richtlinie auch auf dreistellige Message Identifier zu erweitern, die Möglichkeit einer Testumgebung, in der zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt werden, und Anleitungen zur Einstellung von DE-Alert bei älteren Endgeräten.

Zweite Auflage des Warntages

Auf Anfrage des Behörden Spiegel antwortete das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK): "Die Rolle des BBK ist es, Warnmeldungen aus dem Modularen Warnsystem über die in seinem Verantwortungsbereich liegende Schnittstelle (CBE) an die zentralen Sendesysteme (CBC) der Netzbetreiber zu übergeben. Alle weiteren technischen Aspekte des Warnkanals Cell Broadcast liegen nicht im Einflussbereich des BBK." Verantwortlich sei hier bei die BNetzA. Bis Redaktionsschluss lag von hier noch keine Antwort vor.

Weiter heißt es, dass die Implementierung des neuen Warnkanals Cell Broadcast in vollem Gange sei. Mit dem bundesweiten Warntag am 8. Dezember 2022 solle in Deutschland eine intensive operative Testphase des neuen Kanals beginnen. Das BBK arbeite hierzu mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), der Bundesnetzagentur (BNetzA) und mit den in Deutschland tätigen Mobilfunkanbietern sowie den Software- und Endgeräteherstellern eng zusammen.

Am 8. Dezember um Punkt 11 Uhr sollen an diesem gemeinsamen Aktionstag von Bund, Ländern und den Kommunen zeitgleich alle unterschiedlichen Warnmittel getestet werden. Ziel sei es, die Menschen in Deutschland über die unterschiedlichen Warnmittel in Gefahrensituationen zu informieren.



Sprecher der AG KRITIS befürchten, dass Cell Broadcast bei Android-Geräten erst ab Version 11 zuverlässig funktioniert. Ältere Geräte könnten das Nachsehen haben.

Foto: BS/Mohamed Hassan, pixabay.com

Wirkbetrieb ab Februar 2022

"Mit dem bundesweiten Warntag 2022 wird auch eine intensive Testphase für Cell Broadcast eingeleitet. Diese bedeutet einen neuen Stellenwert in der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung: Während die Menschen die Testphase nutzen können, um sich mit dem neuen Warnkanal vertraut zu machen, werden wir mit dem Feedback und den Live-Rückschlüssen daraus die beteiligten Schnittstellen weiter bestmöglich aufeinander abstimmen. Dadurch wird es möglich, technische Anpassungen und Optimierungen so vorzunehmen, dass zum angestrebten Wirkbetrieb in 2023 Cell Broadcast optimal genutzt und in den Warnmix integriert wird", erklärte dazu BBK-Präsident Tiesler.

Der Warnkanal Cell Broadcast werde nach dem Ende der Testphase Ende Februar 2023 für die warnenden Stellen im Modularen Warnsystem des Bundes (MoWaS) freigeschaltet, heißt es von Seiten des BBK. Damit der Wirkbetrieb rechtzeitig aufgenommen werden könne, bauten die beteiligten Akteure die notwendigen Anwendungen sowie technischen Einrichtungen für den Einsatz von Cell Broadcast als Warnmittel sukzessive aus. Gleichzeitig würden für den Empfang der Nachrichten gegebenenfalls erforderliche Updates der Smartphone-Betriebssysteme vorgenommen.

Kommentar: Resilienz und Resistenz fehlt

(BS) Ob nun die aktuelle Hitzewelle, die andauernde Corona-Pandemie oder die eingetretene Gasmangellage – alle Lagen haben einen unterschiedlichen Ursprung und eine andere Prägung, doch fallen die mangelnde Resilienz und Resistenz auf, die die Katastrophen gegenseitig verstärken.

Was muss getan werden, damit eine Katastrophe nicht zur nächsten führt?

Foto: BS/Alexandr Podvalny, pixabay.com

Die Herausforderung, die wir im Katastrophenschutz zu verzeichnen haben, ist, dass er seit 30 Jahren von Strukturen geprägt ist, die eigentlich nur leere Hüllen sind. In diesen Hüllen fehlt es an Struktur, Kompetenzen, den finanziellen Mitteln und, was für den Katastrophenschutz besonders wichtig ist, Übungspraxis. Wenn man diese Analyse teilt, wird die Schaffung von neuen Gremien keines der Probleme lösen. Die Frage muss gestellt werden: Wie widerstandsfähig ist die Gesellschaft? Gibt es einen Willen zur Widerstandsfähigkeit?

Positiver Diskurs erforderlich

Es gilt, die Gesellschaft mit einem positiven Diskurs über Resilienz und Resistenz zu konfrontieren. Resilienz ist dabei die Struktur und die Fähigkeit Belastungen auszuhalten. Kommt es dennoch zu einer Katastrophe, muss die Gesellschaft auch Resistenz beweisen. Dabei stellen Gremien nur eine bürokratische Oberfläche dar. Die Ursache, dass es von einer zur nächsten Katastrophe kommt, liegt in der fehlenden Resilienz. Das ist nicht nur eine strukturelle Frage, sondern auch eine Mentalitätsfrage. Deswegen ist die Schaffung einer resilienten Gesellschaft eine der schwierigsten politischen Aufgaben, die es momentan zu bewältigen gilt. Dies ist aber nur ein Baustein.

Vor 20 Jahren ist das erste Grünbuch vom ZOES zum Thema Blackout erschienen. Doch bisher ist nichts passiert. Der Bundesnachrichtendienst (BND) prognostizierte 2015/16 die Flüchtlingsbewegung exakt vorher. Wieder gab es keine Vorbereitung. Trotz der Erfahrungen der aktuellen Hitzewellen gibt es dennoch keine Hitzepläne. Die Liste ließe sich beliebig fortführen: Cyber-Angriffe auf Kritische Infrastrukturen, Demographischer Wandel, Fachkräftemangel. Diese sind per se keine Katastrophen, jedoch die Folgen daraus. In allen Szenarien ist auf die eine oder die andere Weise der Katastrophenschutz gefordert. Die Krisen werden zwar vorher gedacht, aber erst, wenn sie eintreten, wird gehandelt. Aus dem nichtvorsorglichem Handeln entsteht immer die Katastrophe.

Katastrophenschutz ist kein Einzelfall

Die polizeiliche Gefahrenabwehr steht dabei nicht besser da. Bei der Verwaltung des Mangels hat es auch eine Verschiebung von Prävention hinzu Repression gegeben. Selbst bei der Repression fand eine Hierarchisierung bei der Verfolgung der Straftaten statt. Kleine Straftaten werden nicht mehr verfolgt. Ein Laissez-faire ist eingetreten.

Aus diesen Wahrnehmungen stellen sich folgende Fragen: Wie können wir uns vorbreiten und mehr aktiv als reaktiv handeln? Wie bekommen wir die Gesellschaft resilient? Schlussendlich stellt sich auch die Frage: Ist der gesellschaftliche Wandel weg von der Prävention, weg von Resilienz gewollt oder nur geduldet?

Uwe Proll

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online

Einen Zeitvorteil generieren

(BS) Einsatzkräfte entlasten und einen Zeitvorteil gewinnen – das ist Ziel von Christopher Munschauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der TH Köln. Er und seine Kollegen entwickeln unter Leitung von Prof. Dr. Ompe Aimé Mudimu im Projekt Guardian ein drohnenbasiertes Rettungssystem. Im Interview erklärt er, was aus dem Projekt folgen wird und wo Grenzen bei der Entwicklung liegen. Die Fragen stellte Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: *Was verbirgt sich hinter Guardian?*

Christopher Munschauer: Grundsätzlich ist Guardian eine teilautonome Drohne zum Retten von Ertrinkenden, die mittels App alarmiert wird. Vereinfacht gesagt soll die Drohne nach der Alarmierung automatisiert starten und ein Rettungsmittel abwerfen können, um der Person bis zum Eintreffen der Rettungskräfte zu helfen. Die Gesamtidee besteht natürlich nicht nur aus einer Drohne, sondern auch aus dem Hangar, der es ermöglicht, die Drohne direkt in der Nähe der Einsatzstelle vorzuhalten

Christopher Munschauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der TH Köln, stellte auf der Interschutz einen ersten Prototypen des Drohnensystems aus dem Projekt Guardian vor.

Foto: BS/Klawon

und zu starten. Dadurch wird die Einsatzzeit massiv verkürzt. Die Motivation dabei ist, dass es momentan nur Drohnen gibt, die von Einsatzkräften mitgeführt und gestartet werden müssen.

Wenn die Einsatzkräfte erst zum Einsatzort fahren, dann die Drohne starten und die Rettungsmaßnahmen einführen müssen, brauchen diese mehr als zwei Minuten. Wenn man diesen Kreislauf durchbrechen will, geht das entweder dadurch, dass man einen Rettungsschwimmer vor Ort hat – dies wäre die beste Lösung, jedoch werden wir nicht überall Rettungsschwimmer haben – oder man hält eine Drohne vor, um die Zeit zwischen Alarmierung und Einleitung der Rettungsmaßnahme zu verkürzen. Wenn das Ganze auch noch semiautonom funktioniert, brauche ich auch niemanden, der eine Fernsteuerung auspackt und die Drohne startklar macht, sondern die Drohne fliegt automatisiert aus dem Hangar zur Einsatzstelle. Diesen Zeitvorteil wollen wir generieren.

Behörden Spiegel: *Was ist der momentane Stand des Projekts?*

Munschauer: Wir haben letztes Jahr mit einem Workshop angefangen, bei dem wir erstmal die Anwenderbedürfnisse von Feuerwehr, DLRG und Wasserwacht abgefragt haben.

Fortsetzung auf Seite 7

Teilnahmegebühren

- **Tageskarte** 115.- EUR
  inklusive Tagungsgetränke ohne Übernachtung/Verpflegung.
- **Mehrtageskarte** 139.- EUR
  inklusive Tagungsgetränke ohne Übernachtung/Verpflegung.
- **Symposiums-Arrangement** 229.- EUR
  Mehrtageskarte inklusive Abendessen am 1. Veranstaltungstag und Mittagessen am 2. Veranstaltungstag, Getränke (alkoholfrei, Biere und offene Weine am 1. Tag von 18:00 bis 22:00 Uhr und am 2. Tag zum Mittagessen) im Restaurant.
- **Komplett-Paket**
  Mehrtageskarte inklusive Abendessen, Frühstück, Mittagessen, Getränke (alkoholfrei, Biere und offene Weine am 1. Tag von 18:00 bis 22:00 Uhr und am 2. Tag zum Mittagessen) im Restaurant sowie einer Übernachtung im Einzelzimmer

  Hotelkategorie
  3*** 299,00 €
  4**** 329,00 €
  5***** 349,00 €
- **3er-Komplett-Paket**
  Wie oben, jedoch für drei Personen.

  Hotelkategorie
  3*** 789,00 €
  4**** 849,00 €
  5***** 919,00 €
- **Komplett-Paket-DZ**
  Wie oben, jedoch für zwei Personen in einem Doppelzimmer.

  Hotelkategorie
  3*** 539,00 €
  4**** 599,00 €
  5***** 649,00 €
- **Vorübernachtung**

  Hotelkategorie
  3*** 79,00 €
  4**** 105,00 €
  5***** 139,00 €

Buchungen nur über den DRK-Landesverband Hessen e.V.

Veranstaltungsort

Hessen Hotelpark
Schwarzengrund 9
36284 Hohenroda

Organisation:

Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Hessen e.V.
Bereich Rettungsdienst und Notfallmanagement
Abraham-Lincoln-Straße 7
65189 Wiesbaden
Telefon 0611/ 79 09 156
Telefax 0611/ 79 09 97 156
Email: sarah.voelker@drk-hessen.de

20. Rettungsdienstsymposium des DRK-Landesverbandes Hessen e.V.

Ideen braucht das Land!
20 Jahre
DRK-Rettungsdienstsymposium
17. bis 18. November 2022

Hauptsponsor:

TAUNUS AUTO

Sponsoren

Fortsetzung von Seite 6

Daraus haben wir erstmal ein Lastenheft generiert. Jedoch kam dann die Flut im Ahrtal dazwischen, bei der ich selbst im Einsatz war. Dadurch fehlten auch Einsatzkräfte, die wir noch befragen wollten. Die Corona-Pandemie hat die Entwicklung weiter verzögert. Diese Voraussetzung haben die Arbeit am Projekt etwas erschwert. Wir sind aber extrem motiviert.

Jetzt sind wir so weit, dass wir eine Drohne haben, die wir auf der Messe ausstellen können. Wir hoffen jetzt, dass wir in den kommenden Wochen erste Tests machen können, bei denen wir die Drohne im Realbetrieb über Gewässer steigen lassen können. Dazu haben wir einen Termin mit der Wasserschutzpolizei in Planung, bei dem wir erstmal die Grundfunktionen testen. Dabei soll auch die Sichtbarkeit der Drohne auf den Schiffsradaren überprüft werden.

Behörden Spiegel: *Wie soll es dann mit dem Projekt weitergehen?*

Munschauer: Ziel wird es sein, am Ende des Projektes die Hangar-Drohnen-Kombination fertigzustellen. Neben der Hardware wollen wir die Software so weit entwickeln, dass die Drohne autonom starten kann. Was in diesem Projekt wahrscheinlich nicht mehr abgeschlossen werden kann, ist die autonome Identifikation von Ertrinkenden. Das war aber auch nie vorgesehen. Dies wird auch auf absehbare Zeit nicht so leicht sein, dass man hierfür eine Software hat. Es gibt hier erste Ansätze in Schwimmbädern in Israel. Aber das in freien Gewässern umzusetzen, wird sehr schwierig sein. Deshalb wird die Drohne erstmal semiautonom bleiben. Die Identifikation, die Freigabe des Rettungsmittels und das Verhalten der Drohne nach dem Einsatz müssen weiterhin von einem Piloten übernommen werden.

Behörden Spiegel: *Warum ist es schwierig, eine autonome Identifikation von Ertrinkenden zu programmieren?*

Munschauer: Letztlich brauche ich einen Algorithmus, den ich anlernen kann. Dafür brauche ich Videos, die idealerweise aus

Bei der Entwicklung der semiautomatisierten Drohne arbeiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der Nickel Holding GmbH zusammen.

Foto: BS/Nickel Holding GmbH

der Drohnenperspektive aufgenommen wurden und bei denen Leute ertrinken. Das ist natürlich ethisch schwierig. Keine Ethikkommission würde das zulassen. Das nachzustellen ist fast unmöglich.

Auch ein Beyond-Visual-Line-of-Sight-Betrieb, also eine Betriebsart von Drohnen, bei der der Pilot keinen ununterbrochenen, direkten Sichtkontakt zur Drohne hat, würde eine gesonderte Genehmigung erfordern. Diese wäre aber für einen automatisierten Betrieb eine Voraussetzung. Die Genehmigung würde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Wir wollen ja nicht erst in zehn Jahren ein Produkt auf den Markt bringen, sondern idealerweise nächstes Jahr anfangen. Die Algorithmen werden mit der Zeit besser und dann wird man diese übernehmen können. Da gibt es andere Forschungsinstitute, die da mehr Expertise haben.

Behörden Spiegel: *Wie gestaltet sich die Genehmigung Ihrer Lösung? Ist diese einfacher bei einer teilautonomen Drohne?*

Munschauer: Das ist unsere Hoffnung. Diese Voraussetzung hat die Arbeit am Projekt etwas erschwert. Wir haben aber gute Argumente. Aus unserer Forschungsarbeit haben wir ein hohes Risikobewusstsein und eine Risikoanalyse zu schreiben, ist unser täglich Brot. Die Risiken können wir dabei gut minimieren. Dabei müssen wir jetzt schauen, ob die Behörden das mittragen.

Behörden Spiegel: *Was folgt aus dem Projekt?*

Munschauer: Mittelfristig werden wir die Nickel Holding GmbH dabei unterstützen, einen zweiten Prototypen zu bauen und in die Praxisphase mit unserem Partner, der DLRG, gehen. Wir sind auch für weitere Gemeinden offen, die innovativ sind und das ausprobieren möchten. Zunächst werden wir an einen bewachten Badestrand beginnen und in einen Parallelbetrieb gehen. Dabei soll die Wirksamkeit des Systems überprüft werden.

Langfristig wollen wir das System erweitern. Aus der Sicht des Instituts muss früher oder später der Grundgedanke einer semiautonomen Drohnensteuerung im Katastrophenschutz übernommen werden. Im Prinzip möchte ich ja mein Personal durch diese Gerätschaften entlasten. Wenn ich aber einen Piloten, einen Einweiser, einen Techniker und einen Datenauswerter benötige, dann habe ich letztlich eine große Kapazität gebunden und erzeuge noch mehr Probleme, weil der Personalmangel auch im Katastrophenschutz immer größer wird. Deshalb ist ein semiautonomes System nicht nur für diesen Anwendungsfall interessant.

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören
- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

PUBLIC SECTOR INSIDER
Der Podcast des Behörden Spiegel

Strategie gegen Hochwasser und Wassermangel überarbeitet

(BS) Entweder es ist zu viel oder es ist zu wenig. Welche Schäden Hochwasser oder Wassermangel anrichten können, wurde im vergangenen Jahr im Ahrtal und in diesem Jahr in ganz Deutschland sichtbar. Das Land Baden-Württemberg hat deshalb seine Hochwasserstrategie und seine Wassermangelstrategie verabschiedet.

Die überarbeitete Hochwasserstrategie sieht mehrere wesentliche Elemente vor. Zunächst müsse die Datengrundlage im Hinblick auf die Gefährdung durch Hochwasserereignisse verbessert werden. Dabei sollen vor allem kleinere Gewässer in den Blick genommen werden. Dort sei der Informationsstand ungenügend. Ebenso sollen die hydrologischen Kennwerte regelmäßig überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Diese Kennwerte werden für die Bemessung von Sicherheitsausführungen von Schutzeinrichtungen und zur Fortschreibung der Hochwassergefahrenkarten gebraucht.

Zur besseren Abstimmung schlägt die Strategie eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Innen- und Umweltministerium vor. Dadurch erhofft man sich eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei auf der einen Seite und der Wasserwirtschaft auf der anderen Seite. Konkret sieht das Papier eine zügige Umsetzung von technischen Hochwasserschutzmaßnahmen als zentralen Beitrag bei Stellen vor, bei denen häufige und mittlere Hochwasser auftreten.

Wie soll mit Wassermangel und Hochwasser umgegangen werden? Zwei Strategien in Baden-Württemberg versuchen dies zu beantworten.

Foto: BS/PublicDomainPictures, pixabay.com

Zwölf Punkte gegen den Mangel

Für das andere Extrem – dem Wassermangel – formulierte das baden-württembergische Umweltministerium einen Zwölf-Punkte-Plan. Dieser besagt unter anderem, dass ein Niedrigwasser-Informations-Zentrum (NIZ) eingerichtet werden sollen. In diesem sollen die benötigten Informations- und Datengrundlagen mit erweiterten Prognosen und kleinräumigen Wasserbilanzen aufgebaut werden.

Wie bei der Hochwasserstrategie wird auch die Informationsgrundlage bei vor allem kleineren Gewässern als ungenügend bezeichnet. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, sieht der Plan eine Überarbeitung des gewässerkundlichen Messnetzes für Oberflächengewässer und Grundwasser vor. Ebenso sei die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts für ein verbessertes Wassermangelmanagement zu intensivieren. Der Wasserrückhalt in der Fläche und die Grundwasserneubildung sollen verstärkt werden.

Zur Umsetzung der Strategien hat das Umweltministerium neue Stellen für den kommenden Doppelhaushalt 2023/2024 angemeldet – insbesondere bei den nachgeordneten Behörden (Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW), Landesbetriebe Gewässer und den Landratsämtern).

"Damit aus den Risiken Dürre, Hochwasser und Starkregen keine Katastrophen werden, müssen wir genaue Maßnahmen identifizieren und eine aussagekräftige Datengrundlage schaffen. Denn wenn wir heute nicht investieren, dann wird es morgen noch viel teurer. Wir reden über Sachschäden in Milliardenhöhe, die durch extreme Wetterereignisse entstehen. Wir reden aber auch über Menschenleben und das Leid vieler Menschen, deren Heimat zerstört wird", erklärte Thekla Walker (Bündnis90/Die Grünen).

Die Hochwasserstrategie findet sich hier

Sichere Primäralarmierung über Mobilfunk mit GroupAlarm

(BS) Was früher undenkbar war, erfreut sich inzwischen wachsender Beliebtheit: die Primäralarmierung über öffentliche Mobilfunknetze. So nutzen BOS und Unternehmen zur Alarmierung von Einsatzkräften und anderen Personengruppen heute statt digitalen Funknetzen wie POCSAG und TETRA immer häufiger mobile Datennetze.

Den Grund für diesen Paradigmenwechsel sieht Hanno Heeskens, Geschäftsführer bei GroupAlarm, vor allem in den Bereichen Kosten und Erreichbarkeit der Einsatzkräfte. "Im Vergleich zum Mobilfunknetz sind eigene und BOS-Netze bei der Planung, Anschaffung und Wartung teurer. Was die Erreichbarkeit betrifft, so stehen durch die etablierten Mobilfunkbetreiber bereits gut ausgebaute und überall verfügbare Netze direkt zur Verfügung."

Laut GroupAlarm nutzen diverse Werkfeuerwehren und ein großer Landkreis mit über 2.500 Einsatzkräften bereits seit mehreren Jahren erfolgreich die Vorteile dieser Lösung.

"Unsere hochverfügbare Alarmierungsplattform GroupAlarm garantiert durch die nahtlose Integration des Pagers F.R.E.D. von HK.Systems eine deutlich bessere Netzabdeckung, sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, höchste Redundanz in der Erreichbarkeit sowie maximale Ausfallsicherheit. Dies erfolgt durch die Nutzung aller verfügbaren Netze im LTE Cat M1 Standard inklusive nationalem Roaming. Damit ist das System die sichere Alternative zu TETRA und POCSAG", fasst Heeskens zusammen.

Löschflugzeuge nicht zielführend

(BS) Die starken Waldbrände in Teilen von Deutschland haben eine Diskussion um die Beschaffung von Löschflugzeugen entfacht. Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) halten den Einsatz dieses Einsatzmittels in Deutschland nicht für zielführend. In einem Positionspapier fordern beide Organisationen andere Verbesserungen für den Einsatz von Luftfahrzeugen in der Gefahrenabwehr.

DFV und vfdb fordern u. a., dass die einsatztaktische und kommunikationstechnische Einbindung dieser Einsatzmittel vereinheitlicht werden müsse. Hier seien Regelungen zu erstellen. Zwar würden Luftfahrzeuge, wie Drohnen und Hubschrauber, schon regelmäßig eingesetzt, aber an größeren Einsatzstellen träfen viele Luftfahrzeuge für unterschiedlichste Einsatzaufgaben in Bundesländern mit völlig unterschiedlicher Begleitstruktur aufeinander. Bisher gäbe es in Deutschland dazu weder eine einheitliche Einsatztaktik noch eine zentrale Aus- und Fortbildung oder auch nur für alle geltende Kommunikations- oder Flugregelungen.

Kosten sollen Länder tragen

Zudem müssten die Anforderungswege und die Kostenstrukturen vereinfacht werden, um vor allem kleinere Kommunen nicht weiter zu überfordern. Einsätze, bei denen Luftfahrzeuge gebraucht würden, würden immer die örtlichen Strukturen überfordern. Die Kosten sollten von den Kreisen oder den Ländern übernommen werden. Zudem müsste die Ausbildung für das fliegende und das bodengebundene Personal sowie für die Führungskräfte verbessert werden, in dem die Anzahl der Ausbildungsstellen ausgebaut wird. Eine Erhöhung der Anzahl der multirollenfähigen Hubschrauber bedürfe es ebenso in Deutschland.

Bevor Löschflugzeuge beschafft werden, soll an anderen Stellschrauben gedreht werden, fordern die vfdb und der DFV.

Foto: BS/Royber99, pixabay.com

Warnung vor Verzettelung

Kritik äußern die beiden Organisationen in dem Papier an den Zivilschutzhubschraubern (ZSH) des Bundes. Diese seien für ihren eigentlichen Zweck nicht ausreichend, da sie nur über sehr eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten verfügen würden. Die ZSH müssten über die Fähigkeiten verfügen, mindestens 2.000 Liter Wasser als Außenlast zu transportieren, sechs ausgerüstete Einsatzkräfte samt Gerätschaften aufzunehmen, liegende Patienten mit entsprechender notfallmedizinischer Ausstattung zu befördern und die Lagedarstellung mittels Bilderaufnahmen zu unterstützen.

Angesichts der deutschen Topografie, des Vegetationsbestands, der Kräfteverteilung in Deutschland und den Ausbildungsstand der Kräfte sei es wenig zielführend, Löschflugzeuge zu beschaffen. Die Gründe hierfür seien, dass die Einsatzmöglichkeiten der Flugzeuge sehr beschränkt sind und von anderen Einsatzmittel übernommen werden könnten. "Die vfdb und der DFV warnen hier ausdrücklich vor einer Verzettelung der Kräfte und Mittel", heißt es im Papier.

Das vollständige Positionspapier findet sich hier.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Eine Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Urban Mining
Recycling statt wegwerfen

17.8.2022, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafiken © VectorMine, stockadobe.com

Pilotprojekt: Feuerwehr als Schulfach ausgewertet

(BS) Es wurde ein Fazit gezogen. Das thüringenweite erste Pilotprojekt "Feuerwehr AG" der Freiwilligen Feuerwehren Gebesee und Elxleben am Oskar Gründler Gymnasium in Gebesee wurde ausgewertet. Die erste Bilanz ist positiv.

Zehn Mädchen und Jungen der achten bis zehnten Klasse des Gymnasiums besuchten ausgerüstet mit leichter Einsatzbekleidung, die durch Lottomittel und Sponsorengelder finanziert wurde, ein Schuljahr diese AG. Während des Schuljahres durchliefen die Teilnehmenden die theoretische und praktische Feuerwehrgrundausbildung. Das Lehrgangskonzept und der entsprechende Lehrplan wurden von den Freiwilligen Feuerwehren in Zusammenarbeit mit der Schulleitung erarbeitet. Ein Team aus zwölf Ausbildern aus den Wehren unterrichtete die Schülerinnen und Schüler im Wechsel mit mindestens zwei Kräften vor Ort. Die Schüler absolvierten insgesamt 80 Unterrichtseinheiten, in denen alle Themen der Grundausbildung enthalten waren, wie Brand- und Löschlehre, Gerätekunde, über die Gefahren an der Einsatzstelle bis hin zu Übungen mit der Gruppe im Löscheinsatz und der Technischen Hilfeleistung. Zudem erhielten die Schüler einen vollständigen Erste-Hilfe-Kurs.

Die "Feuerwehr AG" hat in Thüringen Schule gemacht. Im kommenden Jahr folgt die Fortsetzung.

Foto: BS/TMIK

Fortsetzung folgt

Am Ende des Schuljahres legten die Teilnehmenden eine schriftliche und praktische Prüfung ab. Neun von ihnen erhielten im Anschluss eine Lehrgangsbescheinigung vom Landratsamt Sömmerda über die Feuerwehrgrundausbildung. Mit dieser sind die Jugendlichen beim Eintritt in die Einsatzabteilung sofort einsatzfähig. Die Feuerwehr AG soll im kommenden Schuljahr an der Staatlichen Regelschule Elxleben fortgeführt werden.

Hessen: 548 Sirenenmaßnahmen gefördert

(BS) Das hessische Innenministerium hat mit Fördermitteln des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 548 Maßnahmen zur Ertüchtigung und Neubau von Sirenen unterstützt. Insgesamt wurden 6,4 Millionen Euro an die Kommunen weitergegeben. Damit konnte nur ein Teil der Anträge der Kommunen Folge geleistet werden.

Bis zum Meldeschluss reichten 320 Kommunen mehr als 1.300 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 18 Millionen Euro für eine Förderungen beim Innenministerium in Wiesbaden ein. Da die Bundesmittel jedoch begrenzt sind, konnten nicht allen Anträgen entsprochen werden.

Beuth: Bund ist gefordert

"Mit dem Programm des Bundes konnten leider nur rund 40 Prozent der von den hessischen Kommunen eingereichten Anträge unterstützt werden. Für die flächendeckende Modernisierung der Sirenenstandorte in Hessen ist dies viel zu wenig. Der für den Zivilschutz zuständige Bund muss seiner Verantwortung schnellstmöglich nachkommen und ein weiteres Sirenen-Programm auferlegen", forderte Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) im Rahmen der Vorstellung der Zahlen.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Eine Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel
Krisenfeste Daseinsvorsorge
Public Corporate Governance
31.8.2022, 14.00 – 15.30 Uhr
Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafik:en © VectorMine, stock.adobe.com

POLIZEITAGE 2022

24. August 2022 | Gewalt gegen Polizeibeschäftigte

Radisson Blu Conference Hotel|
Karl-Arnold-Platz 5, 40474 Düsseldorf

Eine Veranstaltung von Behörden Spiegel und Gewerkschaft der Polizei

08:40 Begrüßung der Gäste
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen und
R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel

08:45 Eröffnung
Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

09:15 Bodycam und Taser – Schutz für diejenigen, die uns schützen
Christian Scherf, Geschäftsführender Direktor, Axon Public Safety Germany SE

09:45 Beleidigt und Bespuckt - Geschlagen und Getreten - ES REICHT
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen

10:15 Keynote
Dennis Olischläger, Senior Product Manager, secunet Security Networks AG

10:45 KAFFEEPAUSE

11:30 Psychosoziale Unterstützung - Fürsorgepflicht der Vorgesetzten und Erwartungen an die Organisation
Thomas Kubera, Polizeipräsident, Polizeipräsidium Hamm

12:00 ULBRICHTS Innovationen 2022 - FEDERLEICHTER VPAM 3 HVN 2009 SCHUTZ UND VPAM 6 STAND-ALONE SCHUTZ IM NEUEN DESIGN
Thomas Poandl, Ulbrichts GmbH

12:30 Volker Lange, ehemaliger Leiter der Polizeiinspektion 3 Köln-Ehrenfeld

13:00 Ganzheitliche Einsatzführung – Erfahrungsbericht des Projektes EFS der Polizei Hessen
Nicole Schraut-Stahl, Projektleitung EFS der Polizei Hessen
Christian Tost, Polizeihauptkommissar, Projektmanager EFS der Polizei Hessen

13:30 MITTAGSPAUSE

14:30 Gewalt gegen Einsatzkräfte
Falk Schnabel, Polizeipräsident Köln

15:00 Pathfinder – Massendatenanalyse von verschiedenen Digitalen Datenquellen
Martin Pfeiffer, Senior Pre-Sales Manager, Cellebrite GmbH

15:20 KAFFEEPAUSE

15:50 Mobile Audio- Videovernehmung – mehr Zeit für den Beamten auf der Straße
Tim Ludwig, Representative DACH region, Indico Systems AS - secure recording solutions

16:10 Politische Diskussionsrunde
Leitung: R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel
Teilnehmer:
Andreas Bialas, MdL, Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Kundesmissbrauch, SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Dr. Christos Katzidis, MdL, Innenpolitischer Sprecher, CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Marc Lürbke, MdL, Stellvertetender Fraktionsvorsitzender, FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen
Verena Schäffer*, MdL, Fraktionsvorsitzende, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen

*Referent/-in angefragt

Programmpartner: AXON, eurofunk, ULBRICHTS, secunet

Technologiepartner: Cellebrite, indico

Weitere Partner: BDSV, bdr, deconta, MERKUR SERVICE, LORACS, MAGNET FORENSICS, SPEEDSAFE, stashcat

Impressum
Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Bennet Klawon. Redaktion: Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Matthias Lorenz, Dr. Eva-Charlotte Proll, Sven Rudolf, Paul Schubert. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von “Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe”. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (“Links”), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.